



ZaPF e.V.

Goethe Universität Frankfurt

Raum __.208

Max-von-Laue-Str. 1

60438 Frankfurt / Main

E-Mail: stapf@zapf.in

ZaPF e.V., Max-von-Laue-Str. 1, 60438 Frankfurt / Main

Deutscher Bundestag

Dr. Angela Merkel

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Berlin, den 8. November 2017

Forderung der Zusammenkunft aller Physikfachschaften zur bildungspolitischen Ausrichtung der nächsten Legislaturperiode in Bund und Ländern

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

die Zusammenkunft aller Physikfachschaften vertritt alle Studierenden des Faches Physik in Deutschland seit 1979. Alle Parteien haben im Bundestagswahlkampf eine bessere Bildungspolitik für Deutschland gefordert. Aus diesem Grund haben wir einen Forderungskatalog aus Sicht der Physik-Studierenden aufgestellt. Diesen werden wir Ihnen im Folgenden darlegen. Aus einem gemeinsamen Interesse für eine gute Bildungspolitik empfehlen wir deshalb diese umzusetzen. Wir verstehen, dass der Bund nicht alleiniger politischer Handlungsakteur bei einzelnen Punkten ist, wir fordern ihn jedoch dazu auf, auf die anderen Akteure im Sinne der Empfehlungen einzuwirken.

1) Aufhebung des Kooperationsverbotes

Die Gesetzeslage muss der Herausforderung der aktuellen realpolitischen Lage Rechnung tragen. Aus diesem Grund ist die Abschaffung des Kooperationsverbotes unabdingbar. Ohne diese ist eine zukunftsfähige Bildungspolitik nicht zu gewährleisten. Dies hat die ZaPF unter anderem 2014 [1] angemerkt.

2) Erhöhung der Grundfinanzierung

Die Freiheit der Bildung und der Forschung kann nur gewährleistet werden, wenn die Hochschulen ausreichend finanziert sind. Diese Finanzierung muss unabhängig erfolgen und den stetig steigenden Studierendenzahlen angepasst sein. Eine ständige Projektfinanzierung der Hochschulen ist nicht nachhaltig und erhöht den bürokratischen Aufwand unverhältnismäßig.

3) Ausbau Mittelbau

Ein starker Mittelbau ist ein grundlegender Faktor für eine innovative Forschung und qualitativ hochwertige Lehre. Prekäre Angestelltenverhältnisse schaden der Wissenschaft in Deutschland. Durch permanente Stellen im Akademischen Mittelbau wird langzeitliche Lebensplanung erst möglich. Nur hierdurch wird Beruf und Familie in diesen Stellungen miteinander vereinbar.

4) Erhöhte Baufinanzierung

Der Sanierungsrückstand an öffentlichen Einrichtungen ist immens. Insbesondere die Hochschulen als tragfähige Säulen der Zukunft Deutschlands leiden an maroden Gebäuden, die oftmals nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Zur Verbesserung dieser Missstände bedarf es einer Handlung des Bundes.

5) BAföG

Zur Überwindung der wachsenden Diskrepanz zwischen Arm und Reich im Sinne der Bildungsgerechtigkeit fordern wir eine generelle Anhebung des BAföG-Satzes. Um die steigenden Lebenshaltungskosten zu decken ist eine jährliche Anpassung des Bafög um mehrere Prozentpunkte unerlässlich. Zusätzlich fordern wir ein elternunabhängiges BAföG, was unmittelbar zu einer Entschlackung des Verwaltungsapparates führt.

6) Studiengebühren

Bildungshürden wie Studiengebühren sind mit einer sozial verträglichen und für jeden zugänglichen Bildungslandschaft nicht verträglich. Die Bundesregierung soll deshalb jeglicher Form von Studiengebühren in Deutschland entgegenwirken.

7) Attestpflicht

Wir fordern die Schaffung einer gesetzlichen Grundlagen für eine Prüfungsunfähigkeitsbescheinigungen, analog zu Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausgestellt von einem Arzt.

Wir bitten um Berücksichtigung im weiteren Gesetzgebungsprozess und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen,

Im Auftrag der ZaPF

(Jennifer Hartfiel, ZaPF-Sprecherin)

[1] https://zapfev.de/resolutionen/sose14/Reso_SoSe14_Finanzkuerzungen.pdf



ZaPF e.V.

Goethe Universität Frankfurt

Raum __.208

Max-von-Laue-Str. 1

60438 Frankfurt / Main

E-Mail: stapf@zapf.in

ZaPF e.V., Max-von-Laue-Str. 1, 60438 Frankfurt / Main

Deutscher Bundestag

Christian Lindner

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Berlin, den 8. November 2017

Forderung der Zusammenkunft aller Physikfachschaften zur bildungspolitischen Ausrichtung der nächsten Legislaturperiode in Bund und Ländern

Sehr geehrter Herr Lindner,

die Zusammenkunft aller Physikfachschaften vertritt alle Studierenden des Faches Physik in Deutschland seit 1979. Alle Parteien haben im Bundestagswahlkampf eine bessere Bildungspolitik für Deutschland gefordert. Aus diesem Grund haben wir einen Forderungskatalog aus Sicht der Physik-Studierenden aufgestellt. Diesen werden wir Ihnen im Folgenden darlegen. Aus einem gemeinsamen Interesse für eine gute Bildungspolitik empfehlen wir deshalb diese umzusetzen. Wir verstehen, dass der Bund nicht alleiniger politischer Handlungsakteur bei einzelnen Punkten ist, wir fordern ihn jedoch dazu auf, auf die anderen Akteure im Sinne der Empfehlungen einzuwirken.

1) Aufhebung des Kooperationsverbotes

Die Gesetzeslage muss der Herausforderung der aktuellen realpolitischen Lage Rechnung tragen. Aus diesem Grund ist die Abschaffung des Kooperationsverbotes unabdingbar. Ohne diese ist eine zukunftsfähige Bildungspolitik nicht zu gewährleisten. Dies hat die ZaPF unter anderem 2014 [1] angemerkt.

2) Erhöhung der Grundfinanzierung

Die Freiheit der Bildung und der Forschung kann nur gewährleistet werden, wenn die Hochschulen ausreichend finanziert sind. Diese Finanzierung muss unabhängig erfolgen und den stetig steigenden Studierendenzahlen angepasst sein. Eine ständige Projektfinanzierung der Hochschulen ist nicht nachhaltig und erhöht den bürokratischen Aufwand unverhältnismäßig.

3) Ausbau Mittelbau

Ein starker Mittelbau ist ein grundlegender Faktor für eine innovative Forschung und qualitativ hochwertige Lehre. Prekäre Angestelltenverhältnisse schaden der Wissenschaft in Deutschland. Durch permanente Stellen im Akademischen Mittelbau wird langzeitliche Lebensplanung erst möglich. Nur hierdurch wird Beruf und Familie in diesen Stellungen miteinander vereinbar.

4) Erhöhte Baufinanzierung

Der Sanierungsrückstand an öffentlichen Einrichtungen ist immens. Insbesondere die Hochschulen als tragfähige Säulen der Zukunft Deutschlands leiden an maroden Gebäuden, die oftmals nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Zur Verbesserung dieser Missstände bedarf es einer Handlung des Bundes.

5) BAföG

Zur Überwindung der wachsenden Diskrepanz zwischen Arm und Reich im Sinne der Bildungsgerechtigkeit fordern wir eine generelle Anhebung des BAföG-Satzes. Um die steigenden Lebenshaltungskosten zu decken ist eine jährliche Anpassung des Bafög um mehrere Prozentpunkte unerlässlich. Zusätzlich fordern wir ein elternunabhängiges BAföG, was unmittelbar zu einer Entschlackung des Verwaltungsapparates führt.

6) Studiengebühren

Bildungshürden wie Studiengebühren sind mit einer sozial verträglichen und für jeden zugänglichen Bildungslandschaft nicht verträglich. Die Bundesregierung soll deshalb jeglicher Form von Studiengebühren in Deutschland entgegenwirken.

7) Attestpflicht

Wir fordern die Schaffung einer gesetzlichen Grundlagen für eine Prüfungsunfähigkeitsbescheinigungen, analog zu Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausgestellt von einem Arzt.

Wir bitten um Berücksichtigung im weiteren Gesetzgebungsprozess und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen,

Im Auftrag der ZaPF

(Jennifer Hartfiel, ZaPF-Sprecherin)

[1] https://zapfev.de/resolutionen/sose14/Reso_SoSe14_Finanzkuerzungen.pdf



ZaPF e.V.

Goethe Universität Frankfurt

Raum __.208

Max-von-Laue-Str. 1

60438 Frankfurt / Main

E-Mail: stapf@zapf.in

ZaPF e.V., Max-von-Laue-Str. 1, 60438 Frankfurt / Main

Deutscher Bundestag

Cem Özdemir

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Berlin, den 8. November 2017

Forderung der Zusammenkunft aller Physikfachschaften zur bildungspolitischen Ausrichtung der nächsten Legislaturperiode in Bund und Ländern

Sehr geehrte Herr Özdemir,

die Zusammenkunft aller Physikfachschaften vertritt alle Studierenden des Faches Physik in Deutschland seit 1979. Alle Parteien haben im Bundestagswahlkampf eine bessere Bildungspolitik für Deutschland gefordert. Aus diesem Grund haben wir einen Forderungskatalog aus Sicht der Physik-Studierenden aufgestellt. Diesen werden wir Ihnen im Folgenden darlegen. Aus einem gemeinsamen Interesse für eine gute Bildungspolitik empfehlen wir deshalb diese umzusetzen. Wir verstehen, dass der Bund nicht alleiniger politischer Handlungsakteur bei einzelnen Punkten ist, wir fordern ihn jedoch dazu auf, auf die anderen Akteure im Sinne der Empfehlungen einzuwirken.

1) Aufhebung des Kooperationsverbotes

Die Gesetzeslage muss der Herausforderung der aktuellen realpolitischen Lage Rechnung tragen. Aus diesem Grund ist die Abschaffung des Kooperationsverbotes unabdingbar. Ohne diese ist eine zukunftsfähige Bildungspolitik nicht zu gewährleisten. Dies hat die ZaPF unter anderem 2014 [1] angemerkt.

2) Erhöhung der Grundfinanzierung

Die Freiheit der Bildung und der Forschung kann nur gewährleistet werden, wenn die Hochschulen ausreichend finanziert sind. Diese Finanzierung muss unabhängig erfolgen und den stetig steigenden Studierendenzahlen angepasst sein. Eine ständige Projektfinanzierung der Hochschulen ist nicht nachhaltig und erhöht den bürokratischen Aufwand unverhältnismäßig.

3) Ausbau Mittelbau

Ein starker Mittelbau ist ein grundlegender Faktor für eine innovative Forschung und qualitativ hochwertige Lehre. Prekäre Angestelltenverhältnisse schaden der Wissenschaft in Deutschland. Durch permanente Stellen im Akademischen Mittelbau wird langzeitliche Lebensplanung erst möglich. Nur hierdurch wird Beruf und Familie in diesen Stellungen miteinander vereinbar.

4) Erhöhte Baufinanzierung

Der Sanierungsrückstand an öffentlichen Einrichtungen ist immens. Insbesondere die Hochschulen als tragfähige Säulen der Zukunft Deutschlands leiden an maroden Gebäuden, die oftmals nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Zur Verbesserung dieser Missstände bedarf es einer Handlung des Bundes.

5) BAföG

Zur Überwindung der wachsenden Diskrepanz zwischen Arm und Reich im Sinne der Bildungsgerechtigkeit fordern wir eine generelle Anhebung des BAföG-Satzes. Um die steigenden Lebenshaltungskosten zu decken ist eine jährliche Anpassung des Bafög um mehrere Prozentpunkte unerlässlich. Zusätzlich fordern wir ein elternunabhängiges BAföG, was unmittelbar zu einer Entschlackung des Verwaltungsapparates führt.

6) Studiengebühren

Bildungshürden wie Studiengebühren sind mit einer sozial verträglichen und für jeden zugänglichen Bildungslandschaft nicht verträglich. Die Bundesregierung soll deshalb jeglicher Form von Studiengebühren in Deutschland entgegenwirken.

7) Attestpflicht

Wir fordern die Schaffung einer gesetzlichen Grundlagen für eine Prüfungsunfähigkeitsbescheinigungen, analog zu Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausgestellt von einem Arzt.

Wir bitten um Berücksichtigung im weiteren Gesetzgebungsprozess und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen,

Im Auftrag der ZaPF

(Jennifer Hartfiel, ZaPF-Sprecherin)

[1] https://zapfev.de/resolutionen/sose14/Reso_SoSe14_Finanzkuerzungen.pdf



ZaPF e.V.

Goethe Universität Frankfurt

Raum __.208

Max-von-Laue-Str. 1

60438 Frankfurt / Main

E-Mail: stapf@zapf.in

ZaPF e.V., Max-von-Laue-Str. 1, 60438 Frankfurt / Main

Deutscher Bundestag
Katrín Göring-Eckardt
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, den 8. November 2017

Forderung der Zusammenkunft aller Physikfachschaften zur bildungspolitischen Ausrichtung der nächsten Legislaturperiode in Bund und Ländern

Sehr geehrte Frau Göring-Eckardt,

die Zusammenkunft aller Physikfachschaften vertritt alle Studierenden des Faches Physik in Deutschland seit 1979. Alle Parteien haben im Bundestagswahlkampf eine bessere Bildungspolitik für Deutschland gefordert. Aus diesem Grund haben wir einen Forderungskatalog aus Sicht der Physik-Studierenden aufgestellt. Diesen werden wir Ihnen im Folgenden darlegen. Aus einem gemeinsamen Interesse für eine gute Bildungspolitik empfehlen wir deshalb diese umzusetzen. Wir verstehen, dass der Bund nicht alleiniger politischer Handlungsakteur bei einzelnen Punkten ist, wir fordern ihn jedoch dazu auf, auf die anderen Akteure im Sinne der Empfehlungen einzuwirken.

1) Aufhebung des Kooperationsverbotes

Die Gesetzeslage muss der Herausforderung der aktuellen realpolitischen Lage Rechnung tragen. Aus diesem Grund ist die Abschaffung des Kooperationsverbotes unabdingbar. Ohne diese ist eine zukunftsfähige Bildungspolitik nicht zu gewährleisten. Dies hat die ZaPF unter anderem 2014 [1] angemerkt.

2) Erhöhung der Grundfinanzierung

Die Freiheit der Bildung und der Forschung kann nur gewährleistet werden, wenn die Hochschulen ausreichend finanziert sind. Diese Finanzierung muss unabhängig erfolgen und den stetig steigenden Studierendenzahlen angepasst sein. Eine ständige Projektfinanzierung der Hochschulen ist nicht nachhaltig und erhöht den bürokratischen Aufwand unverhältnismäßig.

3) Ausbau Mittelbau

Ein starker Mittelbau ist ein grundlegender Faktor für eine innovative Forschung und qualitativ hochwertige Lehre. Prekäre Angestelltenverhältnisse schaden der Wissenschaft in Deutschland. Durch permanente Stellen im Akademischen Mittelbau wird langzeitliche Lebensplanung erst möglich. Nur hierdurch wird Beruf und Familie in diesen Stellungen miteinander vereinbar.

4) Erhöhte Baufinanzierung

Der Sanierungsrückstand an öffentlichen Einrichtungen ist immens. Insbesondere die Hochschulen als tragfähige Säulen der Zukunft Deutschlands leiden an maroden Gebäuden, die oftmals nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Zur Verbesserung dieser Missstände bedarf es einer Handlung des Bundes.

5) BAföG

Zur Überwindung der wachsenden Diskrepanz zwischen Arm und Reich im Sinne der Bildungsgerechtigkeit fordern wir eine generelle Anhebung des BAföG-Satzes. Um die steigenden Lebenshaltungskosten zu decken ist eine jährliche Anpassung des Bafög um mehrere Prozentpunkte unerlässlich. Zusätzlich fordern wir ein elternunabhängiges BAföG, was unmittelbar zu einer Entschlackung des Verwaltungsapparates führt.

6) Studiengebühren

Bildungshürden wie Studiengebühren sind mit einer sozial verträglichen und für jeden zugänglichen Bildungslandschaft nicht verträglich. Die Bundesregierung soll deshalb jeglicher Form von Studiengebühren in Deutschland entgegenwirken.

7) Attestpflicht

Wir fordern die Schaffung einer gesetzlichen Grundlagen für eine Prüfungsunfähigkeitsbescheinigungen, analog zu Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausgestellt von einem Arzt.

Wir bitten um Berücksichtigung im weiteren Gesetzgebungsprozess und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen,

Im Auftrag der ZaPF

(Jennifer Hartfiel, ZaPF-Sprecherin)

[1] https://zapfev.de/resolutionen/sose14/Reso_SoSe14_Finanzkuerzungen.pdf



ZaPF e.V.

Goethe Universität Frankfurt

Raum __.208

Max-von-Laue-Str. 1

60438 Frankfurt / Main

E-Mail: stapf@zapf.in

ZaPF e.V., Max-von-Laue-Str. 1, 60438 Frankfurt / Main

Büro des Parteivorsitzenden Horst Seehofer
Franz Josef Strauß-Haus
Mies-van-der-Rohe-Str. 1
80807 München

Berlin, den 8. November 2017

Forderung der Zusammenkunft aller Physikfachschaften zur bildungspolitischen Ausrichtung der nächsten Legislaturperiode in Bund und Ländern

Sehr geehrter Herr Seehofer,

die Zusammenkunft aller Physikfachschaften vertritt alle Studierenden des Faches Physik in Deutschland seit 1979. Alle Parteien haben im Bundestagswahlkampf eine bessere Bildungspolitik für Deutschland gefordert. Aus diesem Grund haben wir einen Forderungskatalog aus Sicht der Physik-Studierenden aufgestellt. Diesen werden wir Ihnen im Folgenden darlegen. Aus einem gemeinsamen Interesse für eine gute Bildungspolitik empfehlen wir deshalb diese umzusetzen. Wir verstehen, dass der Bund nicht alleiniger politischer Handlungsakteur bei einzelnen Punkten ist, wir fordern ihn jedoch dazu auf, auf die anderen Akteure im Sinne der Empfehlungen einzuwirken.

1) Aufhebung des Kooperationsverbotes

Die Gesetzeslage muss der Herausforderung der aktuellen realpolitischen Lage Rechnung tragen. Aus diesem Grund ist die Abschaffung des Kooperationsverbotes unabdingbar. Ohne diese ist eine zukunftsfähige Bildungspolitik nicht zu gewährleisten. Dies hat die ZaPF unter anderem 2014 [1] angemerkt.

2) Erhöhung der Grundfinanzierung

Die Freiheit der Bildung und der Forschung kann nur gewährleistet werden, wenn die Hochschulen ausreichend finanziert sind. Diese Finanzierung muss unabhängig erfolgen und den stetig steigenden Studierendenzahlen angepasst sein. Eine ständige Projektfinanzierung der Hochschulen ist nicht nachhaltig und erhöht den bürokratischen Aufwand unverhältnismäßig.

3) Ausbau Mittelbau

Ein starker Mittelbau ist ein grundlegender Faktor für eine innovative Forschung und qualitativ hochwertige Lehre. Prekäre Angestelltenverhältnisse schaden der Wissenschaft in Deutschland. Durch permanente Stellen im Akademischen Mittelbau wird langzeitliche Lebensplanung erst möglich. Nur hierdurch wird Beruf und Familie in diesen Stellungen miteinander vereinbar.

4) Erhöhte Baufinanzierung

Der Sanierungsrückstand an öffentlichen Einrichtungen ist immens. Insbesondere die Hochschulen als tragfähige Säulen der Zukunft Deutschlands leiden an maroden Gebäuden, die oftmals nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Zur Verbesserung dieser Missstände bedarf es einer Handlung des Bundes.

5) BAföG

Zur Überwindung der wachsenden Diskrepanz zwischen Arm und Reich im Sinne der Bildungsgerechtigkeit fordern wir eine generelle Anhebung des BAföG-Satzes. Um die steigenden Lebenshaltungskosten zu decken ist eine jährliche Anpassung des Bafög um mehrere Prozentpunkte unerlässlich. Zusätzlich fordern wir ein elternunabhängiges BAföG, was unmittelbar zu einer Entschlackung des Verwaltungsapparates führt.

6) Studiengebühren

Bildungshürden wie Studiengebühren sind mit einer sozial verträglichen und für jeden zugänglichen Bildungslandschaft nicht verträglich. Die Bundesregierung soll deshalb jeglicher Form von Studiengebühren in Deutschland entgegenwirken.

7) Attestpflicht

Wir fordern die Schaffung einer gesetzlichen Grundlagen für eine Prüfungsunfähigkeitsbescheinigungen, analog zu Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausgestellt von einem Arzt.

Wir bitten um Berücksichtigung im weiteren Gesetzgebungsprozess und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen,

Im Auftrag der ZaPF

(Jennifer Hartfiel, ZaPF-Sprecherin)

[1] https://zapfev.de/resolutionen/sose14/Reso_SoSe14_Finanzkuerzungen.pdf